



2.

Arbeiter sollten sie schwerer durchblicken können. Es waren nur Präzente und Konzessionen der Bourgeoisie, um die Massen, die damals revolutionär waren, zu beruhigen und ihnen vorzutäuschen, es habe sich etwas geändert, und es werde sich noch mehr ändern. Und da es der Bourgeoisie mit freundlicher Mithilfe der SP. tatsächlich gelang, die Massen zu "beruhigen", und da der Bourgeoisie der von der SP. mit heiliger Scheu behandelte Staatsapparat zur Verfügung stand, mittels dessen sie die "Beruhigung" der Arbeiter zB. am 15. Juni 1919 mit siebzehn und am 15. Juli 1927 mit neunzig erschossenen Proletariern wirksam unterstützte, war es nur eine Frage der Zeit, die "Beruhigungs"reformen selbst abzubauen und die ganzen sozialen Rechte und Erungenschaften samt ihren geistigen Vätern zum alten Eisen zu werfen, was die Bourgeoisie nach dem 12. Feber 1934 ja auch tat.

Jetzt wiederholt sich das Jahr 1918 in Spanien, Frankreich und Belgien. Die SP. ist in diesen Ländern oben, sitzt in den Regierungen. Sie wird von der Stalinpartei, die als Reservestellung ausserhalb der Regierung bleibt, offen unterstützt. Die Arbeiter, die in sozialdemokratischer und "kommunistischer" Partei noch "ihre" Partei sehen, glauben nun die Zeit für günstig, die Kapitalisten etwas in die Zange zu nehmen. Sie treten in den Streik, besetzen die Betriebe; und die "Volks"frontregierung kommt in Frankreich, und speist die Arbeiter mit genau demselben Schwindel ab, der bei uns der SP. 1918 - 20 leider so gut gelang: mit einer kleinen Lohnerhöhung (die die Kapitalisten sofort mit einer durchgehenden Preiserhöhung beantworten), mit dem bezahlten Arbeiterurlaub, mit einer Verkürzung der Arbeitszeit, wobei an Staatsapparat nichts, garnichts geändert wird, so dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis die Unternehmer diese sozialen Gesetze so zu umgehen beginnen, wie es unsere Unternehmer getan haben.

In Spanien genau dasselbe. Ja, Spanien ist bereits in jener Periode, die in Oesterreich eingeleitet wurde durch die Ermordung des Arbeiter Birncker. Wozu es in Oesterreich Jahre gebraucht hatte, wird in Spanien unter der Bedingung der Weltkrise auf ein paar Monate zusammenge-  
drängt werden.

Und in Belgien gar wird von der Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, gegen die streikenden Arbeiter der Belagerungszustand verhängt. .... Naive Arbeiter glauben manchmal, der Unterschied zwischen reformistischer und revolutionärer Politik bestünde darin, dass erstere gegen, letztere für die Anwendung von Gewalt seien. Doch gerade Belgien zeigt, dass es sich nicht um "Gewalt an sich" handelt, sonder um Gewalt im Dienste welcher Klasse gegen welche Klasse! Die proletarischen Revolutionäre, wirkliche Kommunisten, mobilisieren die Arbeiter zum gewaltsamen Kampf gegen die Bourgeoisie; die Reformisten, die so ängstlich vor jeden ernstlichen Schritt gegen die Kapitalisten zurückschrecken, tragen keine Bedenken bei der Verhängung des Belagerungszustandes gegen die streikenden Arbeiter. Sie handeln als beauftragte der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Das ist der wirkliche Gegensatz zwischen revolutionärer und reformistischer Partei, ein Gegensatz der unüberbrückbar ist.

Sozialdemokratie und "Kommunistische" Partei, zweite und dritte Internationale, sind übergelaufen in das Lager der Bourgeoisie, erstere als Regierungspartei, letztere als wohlwollende Opposition. Von diesen Parteien und Internationalen zu erwarten, dass sie an eine proletarisch=revolutionäre Lösung der Machtfrage herangehen, ist naiver Aberglaube. Diese Parteien, 2. und 3. Internationale, haben sich in der Machtfrage durch ihr tatsächliches Verhalten bereits entschieden für die kapitalistische Macht. Sie treten ein für die Verteidigung des kapitalistischen Staates; sie treten auf als "Beruhiger", als Vermittler zwischen Bourgeoisie und Proletariat, aber als ein Vermittler, der von der Bourgeoisie für die Vermittlung Provision bekommt. Doch diese Politik muss zwangsläufig, wenn die Arbeiter weiter diesen Parteien folgen, mit einer Katastrophe für die Arbeiter enden, so wie es in Deutschland und Oesterreich mit der Katastrophe geendet hat. Allerdings mit einem Unterschied.

3.

Wozu in Deutschland und Oesterreich die SP. 15 und 16 Jahre gebraucht hat, wird die "Volks"front unter den Bedingungen der kapitalistischen Krise 15, 16 Monate brauchen.

Ohne Aenderung der Machtverhältnisse, ohne Zertrümmerung des kapitalistischen, und Aufrichtung des proletarischen Staatsapparates muss das Proletariat unvermeidlich immer wieder unter die Räder kommen. Doch die revolutionäre Aenderung der Staatsmacht setzt voraus, dass die Arbeiter mit den Parteien des Reformismus, der 2. und 3. Internationale, dass die österreichischen Arbeiter mit deren österreichischen Ableger, RS. und KPOe., brechen, sich von diesen reformistischen Parteien trennen. Das setzt weiter voraus, dass das Proletariat seine neue, revolutionäre, wahrhaft kommunistische Partei aufbaut: DIE VIERTE INTERNATIONALE!

Die "Volks"front ist in Frankreich an der Macht! Aber ach, es ist leider eine Front der mit der linken Bourgeoisie verbündeten Reformisten gegen das werktätige Volk. Doch so sehr diese "Volks"front auch die Sache der proletarischen Revolution schädigt, die eine gute Sache hat sie wenigstens, dass sie den proletarischen Revolutionären, die für die VIERTE INTERNATIONALE kämpfen, Gelegenheit gibt, den Arbeitern an ihrer eigenen, lebendigen Erfahrung das wahre Gesicht des Reformismus zu zeigen, der unter dem Namen "Volks"frontpolitik die Massen noch einmal der Bourgeoisie ausliefert.

### Politische Um - und Vorschau.

Engld. hat sich für die Aufhebung der Sanktionen entschlossen, die sich als ungenügende Massnahmen erwiesen haben. Doch bedeutet das keineswegs, dass Engld. auf Abessinien verzichtet. Im Gegenteil! Der engl. Imperialismus rüstet fieberhaft. Die Aufhebung der Sanktionen bedeutet nicht Abschwächung, sondern Verschärfung der Kriegsgefahr. Die Achse der engl. Aussenpolitik ist gegenwärtig die Zusammenarbeit mit Frankreich. Diese Tendenz wird noch verstärkt durch die sehr grosse antitalienische Opposition der Liberalen und Labour-Party, der sich die konservative Regierung gegenüberstellt.

In der Frage Palästinas hält der engl. Imper. an seinen bisherigen Standpunkt fest.

In der Dardanellenfrage (Konferenz von Montreux) will Engld. der Türkei entgegenkommen, aber nicht Russland. Dagegen zeigt Frankreich Entgegenkommen gegenüber den russ. Wünschen. (Ausfahrt russ. Kriegsschiffe aus dem Schwarzen ins Mitteländische Meer usw.)

Frkr. verhandelt mit Spanien und Portugal über ein Bündnis  
Ital. hat an Albanien eine Anleihe von 60 Millionen schw. Francs gewährt. Durrazzo soll zu einem Kriegshafen ausgebaut werden, der imstande ist grossen Truppenmassen rasche Landung zu gewähren. Ausserdem soll eine Reihe strategischer Strassen in beschleunigtem Tempo gebaut werden. Gerichtet ist dies gegen SHS. und Griechenland.

Deutschland versucht gegenüber der engl.-franz. Zusammenarbeit Italien auf seine Seite zu ziehen.

Der Konflikt zwischen Südchina (Kanton) und Mittelchina (Nanking) spitzt sich zu. Es scheint, dass Tschiangkaischek (Nanking) Geheimverträge mit Japan abgeschlossen hat und darum ein gemeinsames Vorgehen gegen Japan ablehnt.

Die CSR. hat sämtliche Grenzgebiete in einen halb-militärischen Zustand versetzt. Die Kompetenz der Militärbehörden in diesen Grenzbezirken wurde bedeutend erhöht. Ein neues Signal, wie hoch die unmittelbare Kriegsgefahr eingeschätzt werden muss.

Die grosse Streikwelle, die über Frkr. und Belg. hinwegging, ist so ziemlich abgeflaut. SP. und KP. traten auf in der Rolle des Bremsers. Durch Gewährung kleiner Augenblicksvorteile gelang es, die Massen wieder zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Die Bourgeoisie erwiederte die Lohnerhöhungen und Arbeitszeitkürzungen mit einer Teuerungsoffensive. Sie

erhöht auf der ganzen Linie die Preise. In Frkr. sucht die "Volks"frontregierung mit Polizeimassregeln gegen die Teuerung "anzukämpfen", was erfahrungsgemäss erfolglos bleibt, und dem Wesen nach darauf hinausläuft, die Arbeitermassen darüber zu täuschen, dass ihnen die Bourgeoisie mit der rechten Hand wegnimmt, was sie unter dem Druck der Massen diesen gezwungenen Massen zugestanden hat. Ihre Teuerungsoffensive wird die Bourg. weiterhin mit einer Rationalisierungsoffensive (Verbesserung des Maschinenparks, der Produktionsmethoden, Intensivierung der Arbeit, Ueberflüssigmachen von beschäftigten Arbeitern, Produktion neuer Arbeitsloser usw.) kombinieren. Mit einem Wort: die Dinge in Frkr. und Belg. gehen denselben Weg wie in Dtschld. und Oesterr.. SP. und KP. treiben dort dieselbe Politik wie SPD. und SPOe.

In Russland wird eine Verfassungsreform durchgeführt, die sich gegen die Arbeiter richtet. Zwar ist die Arbeiterschaft durch die Stalinbürokratie schon längst praktisch entrechtet. Politisch spielt der Sowjet seit Jahren eine Scheinrolle. Jetzt wird auch dieser Schein liquidiert.

1) Die Reform beseitigt den Sowjet überhaupt. Der Arbeiterrat unterscheidet sich vom Parlament dadurch, dass dieses aus Wohnstätten, dieser aber aus den Betrieben herausgewählt wird. Der stalinsche "Sowjet" wird aus Wohnungen herausgewählt werden.

2) Die Reform beseitigt die bisher besondere Stellung der Arbeiter. Infolge der zurückgebliebenheit der russ. Bauernmasse, entfiel ein Delegierter auf 25.000 Arbeiter oder 125.000 Bauern. Das beseitigt die stalinsche Reform. Die 23 Millionen russ. Arbeiter werden, den ihnen noch bedeutend zurückgebliebenen, 120 Mill. Bauern gleichgestellt, dh. von vornherein in die Minderheit gedrängt. Stalins bonapartistische Diktatur spielt auch hier die Bauern gegen die Arbeiter aus.

3) Die alten kapitalistischen Elemente erhalten nun wieder das Wahlrecht! Der Zweck der Reform ist ein zweifacher:

1) Die Spitze der Stalinbürokratie will angesichts der grossen Kriegsgefahr nicht die Verantwortung für weittragende Entschlüsse auf sich nehmen, sondern durch eine "Volksvertretung" gedeckt sein;

2) In Russland herrscht unter der Bürokratie eine ungeheure Korruption. Diese Korruption höhlt den Staat von innen heraus aus und gefährdet die Stalinspitze. Diese will nun durch "Wahlen" und einer gewissen "Kontrolle von unten" die Korruption auf ein erträgliches Mass zurückschrauben. Doch kann das durch die von der Bürokratie ergriffenen Massnahmen niemals erreicht werden. Das einzige Mittel, das wirksam wäre, die Wiederherstellung der Partei- und Arbeiterdemokratie kann jedoch Stalin nicht anwenden.

Die franz. und engl. Regierung hat den Versuch gemacht, Oesterr. von Ital. loszulösen, und zu diesem Zweck Schuschnigg nach Genf eingeladen. Dieser lehnte ab, er will es sich heute noch nicht mit Ital. verderben. Doch ist es durchaus möglich, dass in einer späteren Etappe Oesterr. in die franz.-engl. Front einschwenkt.

Der Grossteil der Wiener HW. (unter Führung Baars) hat sich von Starhemberg losgesagt und nimmt nun zusammen mit Schuschnigg Kurs auf beschleunigte Restauration der Habsburger. Da seine Position in Wien unhaltbar geworden war, hat Starhbg. den Sitz des Hwkommandos nach Linz verlegt. Die HW. beginnt sich nun illegal in der VF. zu organisieren und ihre Waffen zu verstecken.

Wien, 2. Juli 1936.